

## **Antrag**

**der Abg. Josef Frey u. a. GRÜNE**

### **Kosten der Strafverfolgung von Cannabisgebrauch in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Ermittlungs- und Strafverfahren in Baden-Württemberg in den Jahren 2016 bis 2018 im Zusammenhang mit Betäubungsmitteldelikten standen und welcher Anteil im Zusammenhang mit Cannabis stand;
2. welche Kosten Ermittlungs- und Strafverfahren zu Betäubungsmitteldelikten allgemein in den Jahren 2016 bis 2018 verursachten, aufgeschlüsselt nach Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten;
3. welche Kosten die Ermittlungs- und Strafverfahren zu Cannabisdelikten in Baden-Württemberg in den Jahren 2016 bis 2018 verursachten, aufgeschlüsselt nach Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht (bitte als Tabelle darstellen);
4. welche Kosten in den Jahren 2016 bis 2018 durch chemische Analysen zu Betäubungsmittelgesetz (BtMG)-Substanzen und insbesondere zu Cannabisproben im Rahmen von Verfahren zu Betäubungsmitteldelikten verursacht wurden (bitte als Tabelle darstellen);
5. welche Kosten für die Lagerung und Vernichtung beschlagnahmter BtMG-Substanzen und insbesondere Cannabis in den Jahren 2016 bis 2018 entstanden (bitte als Tabelle darstellen);
6. wie hoch der Anteil von Untersuchungshaft war, die aufgrund von Betäubungsmitteldelikten und insbesondere Cannabisdelikten angeordnet wurde und welche Kosten durch die Untersuchungshaft im Rahmen von Verfahren zu Betäubungsmitteldelikten und insbesondere zu Cannabisdelikten entstanden, jeweils in den Jahren 2016 bis 2018 (bitte als Tabelle darstellen);
7. wie viele Inhaftierte es insgesamt in Baden-Württemberg in den Jahren 2016 bis 2018 gab und welchen Anteil daran Personen hatten, die aufgrund von BtMG-Verfahren und insbesondere Cannabis verurteilt wurden;
8. welche Kosten für die Unterbringung in Justizvollzugsanstalten von Personen entstanden, die aufgrund von Betäubungsmitteldelikten und insbesondere wegen Cannabisdelikten in den Jahren 2016 bis 2018 verurteilt wurden (bitte als Tabelle darstellen);
9. welche Kosten für die Unterbringung in Justizvollzugsanstalten aufgrund von Ersatzfreiheitsstrafen oder eines Bewährungswiderrufs im Zusammenhang mit Betäubungsmitteldelikten und insbesondere Cannabisdelikten in den Jahren 2016 bis 2018 entstanden (bitte als Tabelle darstellen);
10. welche Geldsumme in den Jahren 2016 bis 2018 von Beschuldigten infolge der Verfahrenseinstellung oder Verurteilung an die Staatskasse und Dritte bezahlt wurde;

11. welche öffentlichen Kosten die Präventions- und Aufklärungsprogramme zu illegalen und legalen Drogen in den Jahren 2016 bis 2018 verursachten.

11.04.2019

Frey, Sckerl, Erikli, Lede Abal, Poreski, Wehinger, Niemann, Hentschel, Krebs, Maier, Pix GRÜNE

### Begründung

Aufgrund der aktuell geltenden Bundesgesetze fallen bei der Strafverfolgung von Cannabisnutzerinnen/Cannabisnutzern Kosten bei den Ländern an, die sich in Baden-Württemberg auf verschiedene Bereiche verteilen. Von der Polizei, über die Staatsanwaltschaften bis zu den Gerichten und Justizvollzugsanstalten ist eine Vielzahl an Stellen eingebunden. Hinzu kommen private Kosten der Strafverfolgten wie etwa Anwaltskosten.

Dieser Antrag hat zum Ziel, die tatsächlichen Kosten der Cannabisstrafverfolgung zu ermitteln.